

Andere Geschäftsleute haben die Notwendigkeit längst erkannt, daß man sich gerade jetzt besonders einfrüg um die Gunst des Käufers bemühen müsse. Die Zeitungsanzeige kann auch Ihrem Hause neue Kunden, neue Käufer zuführen, wenn Sie konsequent und systematisch werben. Behaupten Sie stets kein Werbemittel überflüssigt die Anzeige in den

Zeno-Zeitungen
Anzeigen-Verwaltung der
Zeno. Münster i. Westf.

sich den Frontkämpfern stattgefunden. Waren vormals die Franzosen Goy und Konnier, die der rechts gerichteten Union nationale des anciens Combattants angehören, in Berlin, so wurden dort die letzten Unterhaltungen mit den Franzosen Bichot und Randoung geführt, die Präsident und Geschäftsführer der nach links hin orientierten Union fédérale des anciens Combattants sind. Beide Richtungen wünschen, wie aus den bekannten Äußerungen Goy's ebenso wie aus der gestern veröffentlichten Mitteilung des Deutschen Nachrichtenbüros über die Gespräche mit Bichot und Randoung hervorgeht, nach einem raschen Frieden.

arbeit mit Deutschland, und auf deutscher Seite wird dieser Wunsch voll erwirkt. An diese Aussprachen soll sich demnachst — man darf wohl annehmen, daß es nach der Saarabstimmung sein wird — eine gemeinsame Unterhaltung mit den Vertretern aller französischen Frontkämpferverbände anschließen. Das Ziel ist dabei nicht, über den Kopf der offiziellen Vertretungen beider Länder hinweg zu verhandeln, sondern man versucht, durch freimütige Aussprache das Verständnis der beiden Völker füreinander zu fördern und so eine weniger von Mißtrauen erfüllte, friedliche Atmosphäre zu schaffen, in der es den Regierungen leichter wird, ihre Länder in einen Zustand der Entspannung und der freundlichen Annäherung zu führen. Leider ist es Tatsache, daß die Mehrzahl der französischen Blätter für dieses löbliche Beginnen noch wenig positives Interesse zeigt. Die Einflüsse der französischen Rüstungsindustrie machen sich bei ihnen allzu sehr geltend. Aber andererseits ist nicht zu bezweifeln, daß das französische Volk die ehrenvolle Zusammenarbeit mit dem deutschen Volk erkennt, daß es keinen neuen Krieg wünscht. Die Frontsoldaten vertreten da weit mehr den Standpunkt der Franzosen, als er in gewissen Reden im französischen Parlament und in den oben erwähnten Zeitungen immer wieder zum Ausdruck kommt. Zur Zeit prangen überall an den Pariser Plätzen wunderbare Plakate, durch welche die Militärschlichtung aufgefordert werden, zu „kapitulieren“, d. h. nach Ablauf ihrer Pflichtbereitschaft freiwillig als Berufsjuden für eine Anzahl von Jahren weiter zu dienen. Das Ergebnis

dieser Propaganda ist bisher verhältnismäßig mager. „Reit Journal“ schreibt darüber, daß die Freiwilligen-Einstellungen und die Zahl derjenigen, die nach Vollendung ihrer Pflichtbereitschaft Berufsjuden bleiben, noch im Jahre 1931 rund 30 000 betragen habe, während in den vergangenen Monaten von 1934 diese Zahl kaum ein Zehntel des Jahres 1931, nämlich nicht einmal 3000 Mann, erreichte. Dies Ergebnis ist umso bemerkenswerter, als bekanntlich die Arbeitslosigkeit in Frankreich stetig wächst. In französischen Heereskreisen hofft man, durch erhöhte Freiwilligen-Einstellungen die Ausfälle der schwachen Rekrutenjahrgänge ausgleichen zu können, die sich aus den Kriegsjahren ergeben. Darf man nicht auch diese Enttäuschung, die das französische Kriegsmilitärerleben mit sich bringt, als einen Beweis dafür ansehen, daß das französische Volk und insbesondere seine junge Generation, der man doch gewiß die Vaterlandsliebe nicht absprenken kann, einen andern Weg als den der fortgesetzten Rüstungsverlängerung für Frankreichs Sicherheit und Zukunft fordert? Hinter der Friedenspolitik Adolf Hitlers, des an der Spitze des deutschen Volkes stehenden Vertreters der Kriegsgeneration, steht das gesamte deutsche Volk. Was kann das französische Volk sich Besseres wünschen als ein ehrenvolles Freleben und ehrenvoller Zusammenarbeit beruhendes Verhältnis zu Deutschland, als einen solchen Dauerzustand, der beiden großen Kulturnationen würdig ist?

Elastische Marktregelung statt unelastischer Preisbindungen.

Reichskommissar Dr. Girdeler über die Ziele der deutschen Wirtschaftsgestaltung.

Die „Hamsterpsychose“ vorbei.

DNB/DHD Berlin, 21. Dezember.

Vor Pressevertretern äußerte sich heute mittag der Reichskommissar für Preisüberwachung, Dr. Girdeler, über seine Tätigkeit in Vergangenheit und Zukunft. Er führte u. a. folgendes aus:

Als ich das letzte Mal vor der Presse sprach, habe ich davon gewarnt, Hamsterkäufe zu tätigen. Ich habe die Hamsterer als ebenso unklug wie undiscipliniert bezeichnet. Mein Vertrauen in die Disziplin aller wirtschaftenden und kaufenden Schichten hat mich nicht getäuscht. Die Hamstererei ist verschwunden. Ebenso erfreulich ist, daß die geltende, beinahe schon automatische Preissteigerung der Lebensmittel, die eine Begleiterscheinung von Angst- und Hamsterkäufen ist, einer Stabilisierung der Preise gewichen ist, selbstverständlich mit Ausnahmen, die da nicht zu verhindern sind, wo vorübergehend gewisse Mangelerscheinungen auftreten können. Auf Grund dieser Tatsachen sind die Wirtschaftsverbände vielfach bei mir vorstellig geworden mit der Bitte, ich möchte gerade zur Weihnachtzeit zu einem Kauf in der Bevölkerung aufbauen.

Es sind so starke Zurückhaltungen der Käufer bemerkt worden, daß man in der Wirtschaft eine gewisse Verlangsamung hat, diese Zurückhaltung könne zu weit gehen und zu Arbeitsmangel führen. Es ist ein Ungeschehen, wie stark der Umsatz von der Hamsterpsychose in die ruhige Ueberlegung gewandelt ist.

Ich habe auf diese Wünsche hin erklären müssen, daß ich es dem gesunden Sinn des deutschen Volkes überlassen muß, das zu kaufen, was es für notwendig hält, um so allmählich wieder das richtige Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage sich einstellen zu lassen. Dabei bin ich überzeugt, daß in der Weihnachtzeit keiner in derartigen Annahme, es könnten gewaltige Revolutionen auf dem Gebiete der Preise stattfinden, sich von Einkäufen derjenigen Sachen abhalten läßt, die er zum Weihnachtsgeschenk für sich oder seine Angehörigen gern haben möchte. Denn darüber war von vornherein gar kein Zweifel, daß es sich diesmal gar nicht darum handeln kann, eine allgemeine, auf bestimmte Hauptartikel sich erstreckende Preissteigerung im Sturmtempo herbeizuführen. Sie wäre auch höchst unklug, weil sie tatsächlich automatisch zu einer Verengung der Arbeitsmöglichkeiten in den Produktionsstätten führen würde.

Das Ziel dieser Preisüberwachung ist vielmehr, auf je zu halten, weiteren Preissteigerungen vorzubeugen, offenbar überhöhte Preise — was geschehen ist — sofort zu beseitigen und im übrigen die gesamte Preispolitik in der Wirtschaft elastisch zu machen.

Nach den Berichten aus dem Lande sind sowohl auf dem Textilmarkt wie beim Handel mit Lebensmitteln Ueberlegungen mit Erfolg bekämpft worden. Nicht vollkommen klar ist die Situation für alle Beteiligten in der Wirtschaft selbst, so auf dem Gebiet des Textilhandels. Die Schuld bei etwaigen Ueberlegungen, von denen aus dem Lande berichtet wird, liegt gemeinhin nicht beim Einzelhändler, sondern vielmehr bei der überaus starken Komplexität der für die Erzeugung der Preise geltenden Vorschriften. Hier haben uns deshalb auch sehr stark damit beschäftigt, hier eine größere Einfachheit und Ueberblickbarkeit zu erzielen. Das Ergebnis liegt nunmehr vor. Diejenigen, die im Januar weitere Vereinfachungen folgen. Es sind Richtlinien über die Preisberechnung innerhalb der Textilwirtschaft vorgegeben.

Ziel soll sein, den Preis möglichst gleichbleibend, aus sich an den alten Preis möglichst anlehnend, Konsumwaren sicherzustellen und dafür streben, die bei den höher geordneten Bedarfsgegenständen das Ausgleich, was bei der Konsumware zugelegt wird. Es sind ferner Bestimmungen getroffen, die eine gewisse Rechtssicherheit innerhalb der Textilwirtschaft selbst herbeiführen, da Unklarheit darüber entstanden war, ob die alten Vertragsabschlüsse noch zu alten Preisen getätigt werden sollten oder nicht.

Um die Behörden vor einem Uebermaß einer Inanspruchnahme mit wirtschaftlichen Fragen einzelner Betriebe zu entlasten, sollen Beschwerden, die ein Einzelhändler, ein Großhändler, ein Fabrikant hat, zunächst innerhalb der betreffenden Wirtschaftskreise geprüft werden und erst, wenn sie in eine andere Stufe hinüberreichen, sollen sie an die zentrale Stelle der Preisüberwachung gehen.

Eine sehr wichtige Notwendigkeit liegt darin, daß Preisgeschehnisse in der deutschen Wirtschaft elastisch zu gestalten. Denn wenn wir uns einen Zustand denken, in dem die Zahl der öffentlichen Aufträge zurückgeht, so ist an ein Einengen der Wirtschaft der Wirtschaft aus eigener Kraft nur dann zu denken, wenn die Kaufkraft einer günstigeren Preisgestaltung begegnet.

Diejenige Zustand herbeizuführen, ist das wichtigste Ziel der gesamten Preisüberwachung. Als erster Schritt auf diesem Gebiete ist, wie bekannt, die Anmeldung von Preisbindungen eingeleitet, die

seit dem Juli 1933 vollzogen sind. Bis jetzt liegen Anmeldungen in Höhe von rund 1600 vor, die aber mehr plan geht dahin, an Stelle der unelastischen Preisbindungen eine elastische Marktregelung zu legen.

Ich kann auch hier nur immer wieder darauf hinweisen, daß die Idee, mit der Preisbindung die deutsche Wirtschaft in Ordnung zu bringen, in dem Augenblick einen vollendeten Schiffbruch erleiden muß, wo die öffentlichen Aufträge wieder in den Hintergrund treten. Weil dann eine gewisse Verengung der Kaufkraft eintritt, tritt in diesem Falle sofort ein Einleiten dieser Kaufkraft auf die letzten gebundenen Preise in die Erscheinung. Das macht sich automatisch in einer Verringerung des Umsatzes bemerkbar.

Die Preisbindungen beruhen im wesentlichen auf einer starken Ueberlegung der deutschen Wirtschaft in allen Betrieben. Wird der Umsatz kleiner, so mußte nach dem bisherigen System der gebundene Preis noch höher werden, weil mit dem kleineren Umsatz das alte Volumen wieder herbeigeschafft werden soll.

Es kommt darauf an, eine elastischere Anpassung der Preise an die Möglichkeiten der einzelnen Betriebe, an die Fähigkeiten der einzelnen wirtschaftlichen Menschen herbeizuführen mit dem höchstnützlichen Erfolg für das deutsche Volk: daß der Wirtschaft seiner wichtigsten Mitarbeiter bedienend zu können im Wettbewerb um die Erhaltung seines Daseins.

Es schwebt mir vor und hat schon bestimmte Gestalt angenommen, daß diese Marktregelung unter starker Vertrauensstellung der Wirtschaft mit Selbstverwaltungsfunktionen erfolgen soll. Die gewöhnlichen Träger solcher Selbstverwaltungsaufgaben sind nunmehr in der gewerblichen Wirtschaft durch die neue Verordnung für den Aufbau der gewerblichen Wirtschaft geschaffen.

Der wesentlichste in diesem Aufbau in Betracht kommende Träger dürfte die Fachgruppe sein. Der Staat wird sich dieser Selbstverwaltung der Wirtschaft gegenüber beschränken auf die Bewachung in allen wichtigen, für das Gesamtwohl des Volkes und seiner Wirtschaft besonders bedeutungsvollen Entscheidungen und Entscheidungen.

Als Vorläufer einer solchen Regelung, über die ich mit Herrn Dr. Schacht vollkommen einig bin, ist eine Verordnung über Wettbewerbsverhältnisse heute erlassen, die die Gedankenansätze vollständig hat, die bereits mehrfach in der Öffentlichkeit vorgetragen habe. Dr. Girdeler ging dann im einzelnen auf die Verordnung über Wettbewerb ein und fuhr fort:

Diese Verordnung ist die unerlässliche Voraussetzung für eine Preisbindung der Preise, wenn wir nicht zu einem sinnlosen Wettbewerb in unserer Wirtschaft kommen wollten, der unendlich Schaden anrichten würde. Ich hätte zwar das schöne Gefühl, zwei Monate mit einer Art Preislosterung glücken zu können, dahinter aber kämen eine ungeheure Entlastung und schwere Verluste für das gesamte Volkswirtschaft.

Die Entfesselung der Preise kann nur langsam vor sich gehen unter Sicherung gegen solche, die glauben, ihre Preise auf Kosten Dritter, nämlich der

Gläubiger usw., senken zu können. Es wird nicht eine Generalermäßigung an alle Fachgruppen der Wirtschaft erfolgen, Vorschläge eingereicht zur Klärung der Preise und zum Erlass der bisherigen Bestimmungen durch andere Regelungen, sondern es wird gebietsweise vorgegangen werden, es wird bei den wichtigsten und geliebten Gruppen angefangen, und die dabei gewonnenen Erfahrungen werden bei den folgenden Gruppen gleich wieder ausgenutzt werden. Denn die ganze Kunst in wirtschaftlichen Dingen ist: Kein Schema, sondern ein Ziel und in der Richtung auf dieses Ziel: Elastische Handlungsfreiheit!

Empfang der Saardeutschen aus Uebersee durch den Hamburger Senat.

„In Uebersee gibt es keine Status-quoler!“

× Hamburg, 21. Dezember.

Die erste größere Gruppe von Uebersee-Saarländern ist, wie berichtet, am Donnerstag mit dem Motorschiff „Monte Oliva“ der Hamburg-Süd in Hamburg eingetroffen. 32 Saardeutsche sind es aus ganz Südamerika, aus Buenos Aires, Montevideo, aus Santos und Rio de Janeiro, auch aus dem Inneren des gewaltigen Kontinents sind schon einige dabei, aus den weiten Steppen der Pampas, aus Corboba, am Fuß der Cordilleras und aus den Siedlungsgebieten am Rande der Grünen Hügel, Gran Chaco. Sie bringen frohe Kunde: Hunderte und Ueberhunderte weiterer Saardeutscher aus Südamerika sind im Aufbruch begriffen und zum großen Teil bereits unterwegs in die Heimat.

Es sind Angehörige aller Berufe, Betriebsleiter und Angestellte, Mechaniker, Farmer und sogar Artisten. Manche von ihnen haben es schwer gehabt, sich loszureißen aus Exilienz und Beruf, einige sind dabei, ihre Stellung aufzugeben haben, andere haben ihre gesamte Wohnungseinrichtung verkauft, um die Reise antreten zu können. Die Idee der Hilfsbereitschaft und Opfergemeinschaft ist hier zur ganz klaren Ausprägung gekommen. Monatelang sind die Spenden gesammelt, die übrigen deutschen Volksbrüder in Uebersee haben mitgeholfen. Immer wieder klingt es aus ihren Worten: Niemand kann deutscher sein als die Saarländer!

Unter den Uebersee-Saardeutschen, so ergötzen sie stolzen Auges, gibt es keine „Status-quoler“. Es herrscht ein einziger großer Wille, eine einzige große Liebe und ein einziges großes Wissen: Das Saarland ist deutsch und muß ewig deutsch bleiben! Sie berufen sich von der Stimmung drüben in den Ländern jenseits des Ozeans, auch dort hat man trotz des Geheules der auch dort vorhandenen deutsch-feindlichen Emigrantenpresse längst erkannt, daß die Abstammung am 18. Januar nur ein Ergebnis zeitigen wird: Saarland ist deutsches Land!

Alle sind erfüllt vom Glauben an Deutschland und an seinen Kanzler Adolf Hitler und von einer übergroßen Liebe zu ihrem Heimatland. Und wenn wir zehnmal über den Atlantik fahren sollten, wir werden gern Strapazen und Opfer auf uns nehmen, um unserer Heimat zu helfen, so und ähnlich sind die Aussprüche, die man immer wieder hört.

Der Hamburger Senat empfing am Freitag mittag die Saardeutschen aus Uebersee im Rathaus, Regierender Bürgermeister Krogmann hielt die herzlich willkommen und sollte ihnen Dank und Anerkennung, daß sie den weiten

Die Marktregelung wird auch auf anderen Gebieten in der Richtung betrachtet werden, daß überflüssige und unnützliche Warenwege und -verzierungen ausgeschaltet werden und daß das deutsche Volk über einen Wirtschaftssystem verfügt, der es ermöglicht, die besten Leistungen auszunutzen und das Arbeitsergebnis auf dem einfachsten und schmerzhaftesten Wege an den Verbraucher zu besten Preisen zu bringen.

Zum Schluß dankte Reichskommissar Dr. Girdeler der Presse für die ausgezeichnete Unterstützung und bat um weitere vertrauensvolle Zusammenarbeit.

ten Weg nicht gekostet haben, um ihrer Heimat zu helfen. Wir alle, so führte er aus, betrachten es als eine Selbstverständlichkeit, daß das Saarland zum deutschen Vaterland zurückkehrt und wir sehen die Wichtigkeit der Abstimmung daher darin, vor aller Welt die absolute Geslossenheit der Saardeutschen in ihrem Willen, deutsch zu sein und deutsch zu bleiben, zu betonen.

Ein Saardeutscher dankte für den herzlichen Empfang und die gute Unterbringung der Abstammungsberechtigten in Hamburg und brachte den festen Glauben zum Ausdruck, den alle Saardeutschen, auch die in Uebersee, zum neuen deutschen Reich haben.

Vor dem Rathaus hatte sich eine große Menge Volksgenossen angesammelt, die die saardeutschen Brüder mit herzlichen Zurufen begrüßten.

300 Saarländer auf der „Bremen“.

DNB Bremen, 21. Dezember.

Auf dem Bremer Hauptbahnhof trafen am Freitag nachmittag etwa 100 Volksgenossen von der „Bremen“ ein, die zum feierlichen Empfang der 300 mit der „Bremen“ von Nordamerika kommenden Saardeutschen nach der Hansestadt geist waren. Im Wartesaal des Bahnhofs wurden sie im Namen des Bremer Senats von Präsident Dr. Braune willkommen geheißen.

Die 100 Saarländer werden am Sonnabend früh mit einem Sonderzug nach Bremerhaven weiterfahren, um gemeinsam mit einer Uebersee-Delegation der Bremer Saardeutschen auf der „Columbus-Rose“ die Ankunft des Dampfers „Bremen“ zu erwarten und die 800 Saardeutschen von Uebersee zu empfangen.

Flaggenverbot im Saargebiet.

DNB Saarbrücken, 21. Dezember.

Die Regierungskommission des Saargebietes veröffentlicht eine Verordnung, durch die die öffentliche Ausstellung von Fahnen und Wimpeln in den Farben des Saargebietes sowie in den Farben der völkerrechtlich anerkannten Staaten und deren Teile bis zum Zeitpunkt der amtlichen Bekanntmachung des Abstimmungsergebnisses verboten wird. Ferner wird die öffentliche Ausstellung nationaler Symbole und Hoheitszeichen sowie solcher Symbole, die einen „abklammerungspolitischen Charakter haben, untersagt.

Zusammenfassend werden mit Haft nicht unter drei Tagen, bei Vorliegen mildernder Umstände mit einer Geldstrafe nicht unter 300 Franc bestraft.

Die Bestimmungen der Verordnung finden keine Anwendung auf die Behörden der Regierungskommission, der Abstimmungskommission, auf die internationalen Truppen sowie auf die Zollbehörden und die im Saargebiet akkreditierten konsularischen Vertreter.

Das Kabinett Festisch.

DNB, Belgrad, 21. Dezember.

Die Bildung des neuen Kabinetts Festisch wurde am 18 Uhr bestätigt. Die amtliche Ministerliste unterzeichnete sich nur wenig von der bereits bekannten privat aufgestellten. Die Verteilung der einzelnen Ministerien wurde also wie folgt vorgenommen: Ministerpräsident und Außenministerium: Festisch, Kriegsministerium: Jukowitsch, Justizministerium: Kofitsch, Finanzministerium: Stojadinowitsch, Postwesen und Bergbau: Svetoslav Popowitsch, Innenpolitik: Welimir Popowitsch, Unterricht: Jukowitsch, Verkehrswesen: Wujitsch, Öffentliche Arbeiten: Kofitsch, Landwirtschaft: Jankowitsch, Handel und Industrie: Wujitsch, Sozialpolitik: Marulitsch, Minister für körperliche Erziehung der Jugend: Auer, Minister ohne Geschäftsbereich: Saffanbegowitsch.

Die Vereidigung des neuen Kabinetts fand am 18.30 Uhr statt. Von der bisherigen Regierung Jukowitsch wurden nur drei Minister, nämlich Festisch, Jukowitsch und Kofitsch übernommen. Das Charakteristische an der neuen Regierung liegt darin, daß sie den größten Teil aus jüngeren Persönlichkeiten besteht. Der bisherige Ministerpräsident Jukowitsch und seine Freunde haben offenbar einen völligen politischen Zusammenbruch erlitten. Das gleiche gilt auch von dem ehemaligen Außenminister Marulitsch und seinem Anhang. Ausfallend bei der Lösung der Kabinettsfrage war ferner, daß dabei die Präsidenten der Stupakina und der Senat nur eine nebensächliche Rolle spielen. Sie wurden dadurch ausgeschlossen, daß sie die Regentkammer nicht völlig freie Hand erhielt, so daß er die Verhandlungen von Anfang bis zu Ende allein durchführen konnte.

Prof. D. Karl Barth Dienstentlassen.

DNB Berlin, 21. Dezember.

Der ordentliche Professor der evangelischen Theologie in Bonn, Dr. Karl Barth, gegen den der Reichsminister für Erziehung und Volksbildung ein Dienstverfahrend eingeleitet hatte, weil er den für die öffentlichen Beamten vorgeschriebenen Eid auf den Führer und Reichsführer nicht unter Vorbehalt zu leisten bereit war, ist durch Spruch der Dienststrafkammer der Regierung in Köln mit Dienstentlassung unter Gewährung einer Unterabstützung in Höhe der Hälfte des gesetzlichen Ruhegehaltes auf die Dauer eines Jahres bestraft worden. Gegen das Urteil ist die Berufung an das preußische Oberverwaltungsgericht in Berlin zugelassen.

Neues in Kürze.

Die Kasse des Führers teilt mit: Die Diensträume der Kasse des Führers der NSDAP und der Privatangelegenheiten bleiben vom Sonntag, dem 22. Dezember 1934 bis Donnerstag, dem 28. Januar 1935 einschließlich für Besucher geschlossen. Der Schriftverkehr ist während dieser Zeit bis auf dringende Angelegenheiten einzufrieren.

Der Reichskatholik in Bayern hat den Reichsinспектор für besondere Verwendung des Stellvertreters des Führers Wilhelm Freiherrn von Helldorf zum Regierungspräsidenten von Niederbayern und der Oberpfalz unter Berufung in das Beamtenverhältnis in etatsmäßiger Weise ernannt.

Der englische Zeitungsführer Lord Rothermere, der auch mehrere Male mit dem Führer zusammengekommen ist, ist Freitag früh in München eingetroffen. Er wird seinen Aufenthalt voraussichtlich bis zum Sonntag ausdehnen.

Der im Zusammenhang mit dem Marzeller Attentat vor einigen Wochen in Wien festgenommene Kroatienführer Oberleutnant A. D. Vertschitsch wurde am Freitag aus der Haft entlassen. Das von Frankreich gestellte Auslieferungsgebeten wurde abgelehnt.

Die Verbote der bekannten schweizerischen Blätter „Neue Zürcher Zeitung“, „Baseler Nationalzeitung“ und „Bund“ für das Reichsgebiet sind bis auf weiteres verlängert worden. Für eine Wiederzulassung waren die erforderlichen Voraussetzungen nicht gegeben.

Verschöderung gegen den Stalinkurs.

Die Hintergründe der Ermordung Kirows.

DNB Moskau, 21. Dezember.

Am 18. wird mitgeteilt: „Das Bundeskommissariat des Inneren (OGPU) hat die Untersuchung gegen den Mörder Kirows, Nikolajew, abgeschlossen. Das gesamte Anklagematerial wurde zur Beurteilung dem Militärtribunal des obersten Gerichtshofes übergeben. Die Untersuchung hat ergeben, daß

der Anschlag von einer illegalen Organisation vorbereitet wurde, die den Kreisen um Sinowjew und Trotski angehört und die sich zur Aufgabe gemacht hatte, durch Terrormaßnahmen die Parteileitung zu zwingen, den jehigen politischen Kurs aufzugeben und die Sinowjew-Trotskischen Ansichten in der Sowjetunion zu vertreten.

Die Untersuchung hat bewiesen, daß sich die Organisation die besondere Aufgabe gestellt hatte, Kirow zu ermorden, weil er durch seine Maßnahmen die Auflösung der illegalen Organisation verfügt und mit allen ihm zur Verfügung stehenden Nachmitteln die illegale Gruppe verfolgt hatte.

Die gesamte Organisation fand unter Leitung von Katalinow. Dieser wurden 14 Verhaftungen vorgenommen, darunter Schaghi, ehemaliger Generalsekretär der kommunistischen Jugend der Sowjetunion, Rumjanow, ehemaliger Volkskommissar für Landwirtschaft, Lewin und Antelkamm. Alle diese Verhafteten sind Mitglieder der Partei. Sie wurden vor längerer Zeit wegen feindlicher Tätigkeit aus der Partei ausgeschlossen, aber dann wieder aufgenommen, nachdem sie erklärt hatten, den Parteianordnungen zu folgen. Die 14 Verhafteten wurden zur Verurteilung dem Militärgerichtshof gestellt.

Es bestätigt sich also, daß Kirow von einem Mitglied der Partei ermordet wurde, und daß sich an der illegalen Verschöderung gegen die Partei zahlreiche Personen beteiligt haben, die früher bedeutende Ämter in der Regierung und der Partei eingenommen haben und die vor mehreren Jahren zur Elite der kommunistischen Garde gehörten.

Ueber eine Verfolgung von Sinowjew und Katalinow wurde von amtlicher Stelle keine Mitteilung gemacht.